

Der Bremer Entwurf – Stellungnahme der Jusos im Bezirk Braunschweig

von Björn Brennecke, Gabi Kannenberg, William Labitzke und Jan Schwarz

“Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht.”

Mit dieser Erkenntnis beginnt der Abschnitt über die „Grundlagen unserer Politik“ des Berliner Programms. Im Bremer Entwurf ist eine geschichtliche Analyse völlig verschwunden und mit ihr jegliche kritische Haltung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft. Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft erscheint im Bremer Entwurf als kontinuierliche Erfolgsgeschichte, getragen von der Sozialdemokratie und nur getrübt und unterbrochen durch die Diktatur des Nationalsozialismus. Bei dieser Sichtweise wird vergessen, dass Sozialdemokraten insbesondere in Opposition zum Staat und zur bürgerlichen Gesellschaft für die Unterdrückten und Entrechteten gekämpft haben. Die Stärke der Arbeiterbewegung lag darin, nicht auf die Glücksversprechen der Bürgerlichen zu vertrauen und zu wissen, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität den Arbeitern von der bürgerlichen Klasse nicht geschenkt werden, sondern gegen sie erkämpft werden müssen.

Das Berliner Programm unternahm den Versuch, gesellschaftliche, soziale, ökonomische und technologische Entwicklungen und die sich daraus ergebenden politischen Herausforderungen zu antizipieren und damit auch strategische Anknüpfungspunkte für ein linkes gesellschaftliches Reformbündnis zu formulieren. **Im Bremer Entwurf werden gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen nur noch rückwirkend nachvollzogen und programmatisch legitimiert.**

Dem Programmwurf fehlt jegliche Aufbruchstimmung. Die Verhältnisse der 60er und 70er Jahre waren scheinbar eine wunderbare Welt, über die hinaus nichts Anderes vorstellbar ist. Die Sozialdemokratie muss anerkennen, dass sich die Gesellschaft verändert hat. Aus dieser Tatsache müssten zwei Schlussfolgerungen gezogen werden. Die erste – bereits eingetretene - Erkenntnis ist, dass die SPD ein neues Grundsatzprogramm benötigt. Die zweite Folgerung müsste jetzt darin bestehen, neue Antworten auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu geben. Der Bremer Entwurf zeigt lediglich ein paar neue Instrumente auf, um alte Zustände wieder herzustellen. Die Sozialdemokratie gibt damit das Ziel auf, die Gesellschaft weiterzuentwickeln und legt sich auf den Erhalt gesellschaftlicher Verhältnisse fest.

Im direkten Vergleich dokumentiert das Berliner Programm einen tiefgreifenden Veränderungswillen in gesellschaftlichen und ökonomischen Fragen; den Bremer Entwurf kann man nur als Rückschritt werten. Er stellt den Versuch einer programmatischen Konsolidierung der SPD nach sieben Regierungsjahren unter SPD-Führung und bei aktueller Regierungsmitverantwortung in einer großen Koalition dar. Während das Berliner Programm einen inhaltlichen Aufbruch zu beschreiben versucht, zeigt der aktuelle Programmwurf eine Partei, die durch

konkrete Regierungspolitik bei WählerInnen und Mitgliedern in die Defensive geraten und auf der Suche nach inhaltlicher Stabilisierung ist. Die Grundkonzeption der Agenda 2010 ist zum Glück nicht der inhaltliche Maßstab im gesamten Programmwurf und man ist in Anbetracht der programmatischen Neujustierung in der Schröder-Ära schon fast versucht, ihn deshalb als „fortschrittlichen Rückschritt“ zu werten; er bleibt aber eine programmatische Katastrophe für die Sozialdemokratie.

Aus linker Perspektive muss man feststellen: **Der Entwurf ist weder ambitioniert noch anspruchsvoll.** Es gelingt nicht, ein Programm des Aufbruchs zur Veränderung der Gesellschaft zu beschreiben. Es wird zwar viel beschrieben; eine klare politische Linie bleibt aber unerkennbar. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden als Schlagwörter zwar noch genannt, von ihrem kritischen und sozialistischen Inhalt ist im Programmwurf aber nichts mehr übrig geblieben. Von ein paar Stichpunkten abgesehen, hat die Sozialdemokratie mit dem Programmwurf ihre sozialistische und sozialdemokratische Programmatik aufgegeben und sich kritiklos in die anderen bürgerlichen Parteien eingereiht.

Der Programmwurf ist der Versuch, auch die Grundwerte der Sozialdemokratie an der Tagespolitik auszurichten. Er kennt keine gesellschaftlichen Widersprüche und Kämpfe mehr. Mit dieser Ausklammerung von Interessengegensätzen fällt auch die Entscheidung weg, für wen die SPD Politik machen will. Es ist und bleibt eine Grunderkenntnis sozialdemokratischer und sozialistischer Politik, dass die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die Geschlechterfrage, die Verhältnisse oder die Zukunft der Umwelt keine „Probleme“, sondern gesellschaftliche Konflikte darstellen. In diesen Konflikten muss die SPD Partei ergreifen, um handlungsfähig zu werden und die Gesellschaft mitgestalten zu können.

Geschichtsverständnis

Die historische Herleitung der SPD und ihre Geschichte wurde gegenüber dem Berliner Programm erheblich verkürzt dargestellt. Die fehlende Erwähnung historischer Fehler der Sozialdemokratie ist bedauerlich. Viel schwerwiegender ist aber die vollkommene Ausklammerung der Sozialdemokratie als Teil der Arbeiterbewegung; dies ist ein Bruch mit dem wichtigsten Teil sozialdemokratischen Selbstverständnisses. **Mit dem Bremer Entwurf ist das traditionelle Bündnis mit den Gewerkschaften aus der Programmatik verschwunden.** Dies spiegelt sich im gesamten Bremer Entwurf wieder. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen werden nur noch als zu verteidigender Erfolg gesehen und die Gewerkschaften gilt es von den „nötigen“ Reformen zu überzeugen.

Die Ableitung unserer Grundüberzeugungen aus dem christlichen Glauben ist falsch. Die SPD wurde in bewusster Abgrenzung zum konservativ-religiösen Wertekanon des 19. Jahrhunderts als säkulare Partei gegründet und verteidigte in allen Zeiten die Überzeugung, dass kein christliches Glaubensbekenntnis, sondern

ein Bekenntnis zu unseren Grundwerten soziales Denken und Handeln ausmacht. Unsere Grundwerte leiten sich aus dem Glauben daran ab, dass die Menschen gleich sind, nicht vor Gott, sondern vor sich selbst, ungeachtet ihres Glaubens. Religion war und bleibt – sofern sie nicht unseren Grundwerten entgegensteht – Privatsache in der Sozialdemokratie.

Der „demokratische Sozialismus“ ist fast vollständig aus dem Wortschatz des Bremer Entwurfs eliminiert worden und durch die „soziale Demokratie“ ersetzt worden. Die Abschnitte, in denen die beiden Begriffe aufeinander bezogen werden, sind widersprüchlich und wirken wie ein Regierungskompromiss: Hauptsache man findet die Stichwörter, egal was sie bedeuten. **Trotz immer wiederkehrender Beschwichtigungsversuche sind die Grundwerte neu interpretiert worden.** Bei der Freiheit wird nur noch auf allgemeine Teilhabe abgezielt, das Grundversprechen der Freiheit von Ausbeutung ist weggefallen.

Es geht nur noch um formale Freiheit und Wege, sich in den herrschenden Verhältnissen zurechtzufinden. Im Mittelpunkt steht die Chancengerechtigkeit; die Verteilungsfrage wird – wenn überhaupt – nur am Rande angedeutet. Zudem werden die bisher üblichen Adjektive „gerecht“ und „solidarisch“ im Teil „Unsere Ziele, unsere Politik“ durch andere ersetzt. Sicherlich kann man alle Facetten eines sozialistischen Gerechtigkeitsbegriffs in die dortigen Formulierungen hineininterpretieren, wenn man sich auf wenige Nebensätze bezieht. Allerdings wird spätestens im Forderungsteil klar, dass diese Interpretation nicht die intendierte ist. Häufig wird die Gleichheit an Rechten beschworen. **Diese urliberale Formel zeigt deutlich, dass der Gleichheitsanspruch in der Realität wieder einmal aufgegeben wird;** dafür muss dann die Gleichheit an Rechten als Ersatzleistung erhalten. Für ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm kann es aber nicht um leere Rechtsversprechen gehen, die Grundwerte der Sozialdemokratie basierten schon immer darauf, wirkliche Gleichheit - in der Realität - zu schaffen und nicht Andere mit hohlen Phrasen abzufertigen.

Parteiverständnis

Das Berliner Programm sieht die SPD als Teil der Arbeiterbewegung. Ausgehend von dem zentralen Kern aus Partei und Gewerkschaften begibt sie sich auf die Suche nach Verbündeten für ihre gesellschaftlichen Reformvorstellungen. Mit einem klaren friedenspolitischen und ökologischen Akzent macht die SPD diesen gesellschaftlichen Gruppen das Angebot, sich dem Bündnis anzuschließen. Auch strategisch reagiert die Partei darauf, dass mit den Grünen eine neue Partei im Parteienspektrum entstanden und seit 1983 im Bundestag vertreten ist. So eröffnet das Berliner Programm auch eine alternative Mehrheitsoption, indem die SPD den Grünen eine Politik der sozialen und ökologischen Erneuerung anbietet.

Im Bremer Entwurf sieht sich die SPD – obwohl weiterhin linke Volkspartei – in der neuen solidarischen Mitte. In dieser neuen Mitte sieht sich die SPD im Wesentlichen alleine. Eine herausgehobene Stellung billigt sie den Gewerkschaften nur in der

Tarif- und Mitbestimmungspolitik zu. **Als Partner für gesellschaftliche Veränderungen sind die Gewerkschaften nur noch einer unter vielen anderen, wie Kirchen und Verbände.** Eine selbstkritische Bewertung der im Berliner Programm angelegten sozialen und ökologischen Erneuerung und tatsächlicher rot-grüner Regierungstätigkeit findet nicht statt. Auch der Umstand, dass sich in dieser Zeit eine Partei links von der SPD zu etablieren begonnen hat, findet kaum Ausdruck im Programm, außer in einer Abgrenzung zu den sog. Populisten. Die SPD wahrt bezüglich anderer Parteien und zu gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppen gleich bleibende Distanz; sie ist politisch nach allen Seiten offen. Ein gesonderter und besonderer Dialog mit uns nahe stehenden Akteuren wird nicht mehr angestrebt.

Das Bewusstsein der Sozialdemokratie als Teil einer Bewegung ist vollkommen verschwunden und wurde durch einen reinen Bezug auf den Staat ersetzt. Die SPD strebte immer Macht an, um staatliches Handeln nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Allerdings ist im Bremer Entwurf jede kritische Haltung gegenüber staatlichem Handeln weggefallen. Dies kann wohl nur durch die vergangenen Regierungsjahre begründet werden – schließlich kann die eigene Politik nicht falsch gewesen sein. **Es geht dem Bremer Entwurf mehr darum, vergangene Erfolge zu verteidigen, als neue Ideen zu verwirklichen.** Dies findet seinen Ausdruck im ständigen Übernehmen von Formulierungen des Grundgesetzes und wiederkehrenden Bezügen auf internationale Vereinbarungen (Sozialcharta, Agenda21, Millenniumentwicklungsziele,...). Weit gravierender ist aber die Gleichsetzung von unseren Zielen mit „deutschen Interessen“.

Gleichstellung

Unsere Gesellschaft ist nach wie vor patriarchalisch geprägt. Wo das Berliner Programm dies explizit herausarbeitet, stellt der Bremer Entwurf fest, dass eine starre Rollenfestlegung Frauen UND Männer benachteiligt. (Gegenüber wem werden beide benachteiligt? möchte man fragen) Diese Analyse ist falsch.

Gerade in Politik und Wirtschaft werden die Bedürfnisse von Frauen oft nicht ernst genommen, sie werden nach wie vor überdurchschnittlich oft Opfer von (häuslicher) Gewalt und ihre sexuelle Selbstbestimmung wird von Männern verletzt bis hin zum Massenfrauenhandel aus aller Welt für die Bestückung westeuropäischer Bordelle für westeuropäische Männer. **Es sind immer noch hauptsächlich Männer, die entscheiden was in unserer Gesellschaft geschieht.** – Frauen werden immer noch von vielen als schmückendes Beiwerk behandelt. Dies betrifft sogar die Bundeskanzlerin, bei der minutiös alle Handküsse von Chirac gezählt werden, um auf dieser Datengrundlage das Ergebnis der geheimen Gespräche zu ermitteln.

Tradierte Rollenbilder sind in vielen Köpfen noch fest verankert. **Männer sind rational, vernünftig, stark und entscheidungsfreudig. Ihr Platz ist die öffentliche Arena und die harte Arbeitswelt.** Frauen sind unvernünftig, gefühlsbetont bis hysterisch, schwach und zögerlich. Ihnen wird der sichere Platz zu Hause zugewiesen. Diese Grundannahmen drängen bis heute Frauen in die Abhängigkeit

von Männern: die ideale Frau bewundert ihren Mann und engagiert sich ein wenig ehrenamtlich; viele typische Frauenberufe sind im Vergleich zu Männerberufen oft unterdurchschnittlich bezahlt. Doch auch Frauen, die in Männerberufen tätig sind, müssen oft mehr leisten, um die gleiche Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen zu erhalten. Dies alles ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Grundhaltung, die Frauen diskriminiert und nach wie vor als unfähig für verantwortungsvolle Aufgaben abstempelt. **Durch diese immer noch vorhandene Rollenfestlegung werden die Frauen benachteiligt und zwar ausschließlich die Frauen.**

Nun könnte man einwenden, dass sich auch Männer nicht immer in ihrem Rollenbild zurecht finden. Wenn es das gesellschaftliche Leitbild vorschreibt, dass der Mann rational, vernünftig und wirtschaftlich denkt, der Vater aber lieber zu Hause mit seinen Kindern spielen will als bei VW Autos zu bauen, treffen auch Männer die Sanktionen des patriarchalischen Systems: sie sind in den Augen der Gesellschaft keine „richtigen Männer“ mehr. Diese gesellschaftliche Missachtung der eigenen Persönlichkeit, die sich nicht an Rollenbildern orientiert, ist für Individuen beider Geschlechter erfahrbar. Diese Erfahrung, die Frauen und Männer täglich machen, sei es als Mannweib in der Chefetage eines Rüstungskonzerns oder als Weichei beim Puppenspielen mit dem Sohn, wird in der Öffentlichkeit ignoriert und abgestritten.

Auch in der eigenen Partei ist eine Gleichstellung längst nicht erreicht. Unterdurchschnittlich viele Frauen und „nicht-konforme“ Männer engagieren sich hier, da auch die Parteistrukturen nach wie vor männlich geprägt sind (lange Debatten mit dem männlichen Leitbild des römischen Rhetors, Glorifizierung des Machtwortes über Kompromisse). Hieran müssen wir arbeiten. Nur, wenn wir bei uns selbst echte Gleichstellung schaffen, können wir diese Idee auch auf die Gesellschaft übertragen.

Doch insgesamt gilt nach wie vor: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden!

Die Krise der EU

Knapp 15 Jahre nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Ostblocks erlebten wir im Jahre 2004 einen historischen Moment: Europa ist zusammengewachsen. Wir leben nun in einer Europäische Union der 27!

Trotz aller Euphorie dürfen wir nicht drüber hinwegsehen, dass die Europäische Union in ihrer schwersten Krise steckt. **Festzustellen ist, dass die politische Einigung Europas hinter der wirtschaftlichen hinterherhinkt.** Es wurde lange versäumt, adäquate Rahmenbedingungen für ein Miteinander in Europa zu erstellen. So muss die EU-Verfassung in diesem sehr fortgeschrittenen Stadium der europäischen Einigung eine politische und wirtschaftliche Vernetzung erreichen und Rahmenbedingungen für weitere EU-Beitritte, sowie das Miteinander der jetzigen Mitgliedsstaaten schaffen. In der Stärkung des EU-Parlaments und der Einrichtung

einer Europäischen Regierung sieht der Bremer Entwurf einen Ausweg aus der Krise. Somit hätte die EU die Kompetenzen, um die Interessen eines Europa der 27 zu bündeln. Ob diese Schritte auch ohne eine ratifizierte Verfassung möglich sind, wird nicht gesagt.

Die Europäische Union wird ohne kritische Betrachtung zur Garantie für Stabilität und Wohlstand für alle Menschen hochstilisiert. Der Bremer Entwurf sieht die EU als die zentrale Antwort auf die Globalisierung. Dies ist sicherlich richtig, **denn wie bei der Globalisierung erleben wir eine EU der Gewinner und Verlierer – eine EU der Ausbeuter und der Ausgebeuteten.** Europaweit agierende Unternehmer verlagern Arbeitsplätze in EU-Mitgliedstaaten mit niedrigen Sozialstandards und hohen Steuervorteilen und kassieren nebenbei für diese Praxis auch noch EU-Fördergelder. Sicherlich möchten wir, dass alle neuen Mitglieder die Chance erhalten, durch EU-Subventionen unseren Lebensstandard zu erreichen. Doch kann dies nicht durch ein gegeneinander Ausspielen einzelner Mitgliedstaaten oder Regionen geschehen. Dieses würde zu einem erhöhten Konkurrenzkampf unter den Mitgliedstaaten um die größten Standortvorteile führen und die Krise der EU verschärfen. Anstatt sämtliche Energie in die Reform der EU-Institutionen zu stecken, verstricken sich die Mitgliedstaaten der EU in unerbittliche Grabenkämpfe um die eigene nationale Vormachtstellung.

Sicherlich sind unsere sozialdemokratischen Grundwerte in der Europäischen Grundrechtecharta verankert. Doch bleibt die Frage, ob sich ausgehend von diesen Grundwerten auch eine sozialdemokratische Politik für Europa ableiten lässt. So wird ein Sozialdemokrat hoffentlich etwas anderes unter dem Begriff der Freiheit verstehen als ein Liberaler. Somit sind die Begriffe in der Europäischen Grundrechtecharta Schall und Rauch, wenn das Handeln nach diesen Grundwerten etwas anderes bewirkt, als wir Sozialdemokraten es uns vorstellen.

Es ist erstaunlich, dass die Rolle der EU beim Herunterbrechen des liberalen Marktprinzips nicht kritisiert wird. Findet die SPD hier ihren Frieden mit dem europäischen Liberalismus? Gefordert wird das gleichberechtigte Nebeneinander von Wettbewerb und Sozialstaat. Allerdings beschränkt sich der Bremer Entwurf auf das Ziel eines fairen Standortwettbewerbs und den Export sozialer Errungenschaften, sowie die Setzung des Mindeststandards zur Absicherung des deutschen Sozialmodells. **Eine eigene Vorstellung von einem sozialen Europa wird nicht formuliert.** So bleibt die Frage, ob es überhaupt eine Vorstellung von einem sozialen Europa gibt oder ob es sich hierbei nur um Wahlkampfretorik handelt.

Laut Bremer Entwurf soll in einem Europäischen Grundgesetz die soziale Dimension gleichwertig neben das Wettbewerbsprinzip gestellt werden. Ist dies die Erkenntnis, dass die soziale Dimension nicht in der EU-Verfassung verankert ist, obwohl eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung diese Verfassung im Bundestag beschlossen hat? Möchte man nun eine Revision der EU-Verfassung?

Wird hier verkannt, dass die EU-Verfassung in Zukunft rechtlich über all den in der Vergangenheit beschlossenen Richtlinien und Grundwerten steht?

In Punkto EU-Erweiterung bleibt der Bremer Entwurf widersprüchlich. Während alle Länder, denen schon eine Beitrittsperspektive in Aussicht gestellt wurde, volle Rückendeckung erhalten, so bedarf es einer Reform der Institutionen vor einer weiteren Erweiterung der EU. Bedeutet dies, dass wir ohne eine vollständig ratifizierte EU-Verfassung jetzt schon die endgültigen Grenzen Europas erreicht haben? Begraben wir hiermit unseren Traum eines vereinten Europas?

Traurig ist, dass ein möglicher Beitritt der Türkei nur mit dem deutschen und dem europäischen Interesse begründet wird. Es wird verkannt, dass die Türkei nur das einfordert, was ihr seit den 60er Jahren versprochen wurde. Gibt es hier eine Kehrtwende in der SPD Außenpolitik? Soll das deutsche Interesse nun das neue Kriterium für Beitrittsländer aller Art sein? Wer regelt das deutsche Interesse? Die SPD alleine sicherlich nicht!

Es wird aufgezeigt, dass einige Länder längerfristig keine Aussicht auf eine Mitgliedschaft haben. Begründet wird dies nicht. – **Es wird nämlich keine politische und territoriale Perspektive für Europa aufgezeigt.**

AbeitnehmerInnenrechte und Beschäftigung

Die Bedeutung starker Gewerkschaften, von Mitbestimmung, Tarifautonomie und Streikrecht wird zurecht als unverzichtbar gesehen; **allerdings fehlt jeglicher Ansatz zur Weiterentwicklung und Ausweitung der bestehenden Mitbestimmungs- und ArbeitnehmerInnenrechte.** Es wird zwar noch die alte Forderung nach gleicher Entlohnung für gleiche Arbeit aufrechterhalten, nur fehlt jeder Ansatz, wie dies erreicht werden soll. Hier werden der Bruch mit den Gewerkschaften und das Beharren in einer Verteidigungsstellung besonders deutlich. Der sozialdemokratische Anspruch, auch die Wirtschaft zu demokratisieren, wird im Bremer Entwurf aufgegeben. Eine sozialdemokratische Programmatik darf sich nicht nur auf formelle Mitbestimmung begrenzen, sondern muss auch auf die Durchsetzung von Wirtschaftsdemokratie zielen.

Der Bremer Entwurf gibt als Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik an: 1. einen möglichst hohen Wohlstand zu schaffen, an dem alle Menschen gerecht teilhaben, 2. den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit erwirtschaften zu können und 3. die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Dies greift zu kurz. Ein Arbeitsbegriff wird erst gar nicht definiert. Als Folge ergibt sich in der Diskussion um das Verhältnis von Lebenszeit und Arbeitszeit im Bremer Entwurf eine Betonung der Zielsetzung der Arbeitsplatzsicherheit. Im Vordergrund steht die Aussicht auf einen Arbeitsplatz, auch wenn es in einem sozial regulierten Niedriglohnsektor oder einer neuen Form der Selbstständigkeit erfolgt. Die Forderung nach einem gesonderten Arbeitsangebot für Unvermittelbare ist begrüßenswert, allerdings geht der Ansatz im Bremer Entwurf von den falschen Prämissen aus: anstatt den neu geschaffenen Sektor an

gesellschaftlich sinnvoller Arbeit auszurichten, soll er zur Arbeitsbeschaffung dienen. **Die Diskussion um die Qualität der Arbeit und den notwendigen Raum für Muße und Erholung wurde im Berliner Programm stärker forciert.** Immerhin bleibt die Zielsetzung der Arbeitszeitverkürzung im Bremer Entwurf enthalten. Dies ist nicht ganz selbstverständlich nach Jahren, in denen auch in der innerparteilichen Debatte solche Instrumente dem angebotspolitischen Dogma zum Opfer gefallen sind.

Eine Gesamtstrategie ist nicht erkennbar, vielmehr werden meist kurzfristige Maßnahmen im Rahmen des heute Möglichen vorgeschlagen. **Die Ratlosigkeit sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik der letzten Jahre wird hier deutlich.** Widerstreitende Interessen zwischen den Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen scheinen im Zuge sozialdemokratischer Prosa verschwunden zu sein.

Fairer Wettbewerb

Der Bremer Entwurf ist von der Frage geprägt, wie sozialdemokratische Politik auf die Dominanz des Wettbewerbsprinzips angemessen reagieren kann. Das Wettbewerbsprinzip wird dabei aber nicht grundlegend in Frage gestellt. Im Gegenteil, es wird zum Dogma erklärt. Fairer Wettbewerb soll durch die Soziale Demokratie garantiert werden. **Dabei wird verkannt, dass Wettbewerb niemals gerecht sein kann, wenn er zwischen den Unternehmen und seinen Angestellten, zwischen den Angestellten und den Arbeitslosen, zwischen den Arbeitslosen und dem Staat, zwischen Produzenten und Konsumenten stattfindet.** Wettbewerb basiert auf Eigennutz, nicht auf Solidarität. Diejenigen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen um leben zu können, können nie in einem fairen Wettbewerb mit denjenigen stehen, die große Unternehmen und riesiges Kapital besitzen. Unternehmertum und gesellschaftliche Verantwortung stehen im Widerspruch zueinander. **Unternehmen brauchen Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und den Staat, um an ihre soziale Verantwortung erinnert zu werden und dazu gezwungen zu werden, sie auch auszufüllen.** Das Wettbewerbsprinzip bedeutet immer, kurzfristig orientiert zu sein; eine langfristige Strategie - auf das Wohl der Gesellschaft ausgerichtet - kann sich wegen dieses Prinzips allein aus der Wirtschaft heraus nicht entwickeln.

Das Wettbewerbsprinzip ruft Missstände hervor; das scheint auch den Autoren des Bremer Entwurfs klar zu sein. Sie setzen dann beispielsweise auf die angebliche Macht der Konsumenten, um diese Missstände zu beheben. Dieser Verweis auf die Macht der Konsumenten ist reine Augenschwermerei. Die Konsumenten haben weder die Möglichkeit, die Herkunft oder die Produktionsbedingungen aller Produkte, die sie konsumieren, zu überprüfen, noch sind die Alternativen für die Masse erschwinglich. Auch gibt es nicht immer wirkliche Alternativen; insbesondere der Nahrungsmittelmarkt ist auf ganz wenige Unternehmen hochgradig konzentriert – in so einem Bereich von einer wirklichen Alternative für die Verbraucher zu reden, ist lächerlich.

An dieser Stelle zeigt sich dann auch die Widersprüchlichkeit der ganzen Argumentation: **die Wirtschaft, der Arbeitnehmer, der Staat – alle sollen unter dem Wettbewerbsprinzip stehen** und alle Bereiche sollen durch das Konkurrenzprinzip geprägt werden, doch dann verlangt der Bremer Programmentwurf vom Konsumenten plötzlich, sich außerhalb des Wettbewerbsprinzips zu stellen und „verantwortungsbewusst“ zu konsumieren. Derselbe Widerspruch wiederholt sich, wenn der Entwurf auf die „verantwortlichen Unternehmer“ zu sprechen kommt.

Auch in Bezug auf die soziale Marktwirtschaft wird auf Visionen zugunsten von Affirmationen verzichtet. Das programmatische Ziel – und damit die Vision – des Berliner Programms war ein demokratischer Sozialstaat mit einer neuen - einer demokratischen – Form des Wirtschaftens. Im Bremer Entwurf ist diese Vision auf das Ziel des Erhalts der sozialen Marktwirtschaft geschrumpft: die soziale Marktwirtschaft gilt es nur noch gegen den sich verschärfenden internationalen Wettbewerb zu verteidigen. Der Bremer Entwurf vermittelt einem das Bild, dass die soziale Marktwirtschaft ein wenig angeschlagen ist und die Sozialdemokratie nun eine Rückkehr zu diesem Zustand unter veränderten Bedingungen ermöglichen soll. **Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kann die soziale Marktwirtschaft – trotz aller ökonomischen Erfolge und sozialen Errungenschaften – sicherlich nicht die Idealvorstellung einer gerechten Gesellschaft sein**, die im internationalen Rahmen ökologisch nachhaltig, demokratisch und sozial gerecht wirtschaftet und in der Privilegien keine Rolle mehr spielen. Für die Sozialdemokratie scheint mittlerweile die Rückkehr zu bereits erreichten Zuständen – wie die soziale Marktwirtschaft der 70er Jahre – ein Erfolg zu sein. Visionen hat der Programmentwurf keine mehr zu bieten.

Internationale Einbindung

Während sich das Berliner Grundsatzprogramm darauf konzentriert, erstrebens- und erkämpfenswerte gesellschaftliche Ziele und Zustände – auch im internationalen Kontext – zu beschreiben und bei den Instrumenten eher unkonkret bleibt, ist die Schwerpunktsetzung im Bremer Entwurf vielfach genau umgekehrt. **So bekommt dieser Teil des Bremer Entwurfs eher den Charakter eines Wahlprogramms denn eines Grundsatzprogramms.** Ein deutscher bzw. europäischer Sitz im Sicherheitsrat, eine effizient arbeitende UNO, eine europäische Armee und mehr Transparenz von Weltbank und Währungsfonds werden nicht aus politischen Zielsetzungen heraus und kritischer Überprüfung ihrer bisherigen Arbeit begründet. Sie sind per se richtig.

Der Bremer Entwurf bricht mit dem Nimbus der SPD als Friedenspartei. So bleiben friedliche Mittel weiterhin erste Wahl bei der Bewältigung von Konflikten. Doch der Bremer Entwurf lässt eine militärische Lösung als letztes Mittel zu. So ist der Einsatz der Bundeswehr nun weltweit möglich, sofern UNO und Bundestag einem Militäreinsatz zustimmen und der Militäreinsatz mit dem deutschen Interesse in Einklang steht. **Hier wird die Neujustierung der deutschen Außenpolitik, die**

unter der rot-grünen Bundesregierung eingeleitet wurde, inhaltlich nachvollzogen und legitimiert. So findet kein Disput zu Fehlern der SPD statt, sei es die Gewährung von Kriegskrediten vor dem Ersten Weltkrieg oder der Kosovo-Einsatz 1999, der ohne UN-Mandat vollzogen wurde. Der begonnene Weg soll auf jeden Fall weitergeführt werden.

Worin allerdings das deutsche Interesse besteht, lässt der Bremer Entwurf offen. Auch hier die Frage: Wer regelt das deutsche Interesse? Die SPD alleine sicherlich nicht, denn das deutsche Interesse wird von den jeweiligen Machtverhältnissen im Bundestag definiert! Dies ist durchaus problematisch, da sich ohne die Formulierung weiterer politischer Kriterien ein breiter Interpretationsspielraum ergibt. So wird im Bremer Entwurf der Versorgungssicherheit mit Energie, Rohstoffen und Wasser im globalen Zeitalter eine herausragende Stellung beigemessen, um die internationale Sicherheit zu gewährleisten. **Obwohl der Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten sicherlich auch im deutschen Interesse liegt, kann es wohl kaum Bestandteil einer friedenssichernden und menschenrechtsorientierten Außenpolitik sein, diesen auch militärisch abzusichern.** Im Bremer Entwurf ist dieser Widerspruch nicht aufgelöst.

Der Bremer Entwurf legt den Wunsch einer Stärkung der Rechte der UNO-Vollversammlung dar. Auch bei der Reform des UN-Sicherheitsrats ist die angemessene Beteiligung aller Kontinente sicherzustellen. Dies sind ehrenwerte Ziele. Der Bremer Entwurf hat auch erkannt, dass ein vereintes Europa natürlich nur mit einer Stimme sprechen kann. So ist folgerichtig, dass die Europäische Union einen ständigen Sitz in diesem Gremium einnehmen muss. Im Widerspruch dazu steht, dass auf dem Weg dahin Deutschland auch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat einnehmen muss. Worauf wird dies begründet?

Den Autoren des Entwurfs sind sich der gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst und sie möchten, dass die Bundesrepublik eine aktive internationale Rolle annimmt. Richtig ist eher, dass die Teilnahme der Bundeswehr an verschiedenen Militärinterventionen – begonnen unter einer Rot-Grünen Bundesregierung - den Druck auf die Bundesrepublik erhöht hat, an weiteren internationalen Einsätzen Teil zu nehmen. **So verhält sich die Bundesrepublik nun wie ein kleines Kind: einmal mit den großen Nationen mitgespielt, möchte Deutschland gleich bei den Großen mitreden.** Dies darf Deutschland natürlich irgendwann, solange Deutschland auch seinen Anteil leistet. Dass diese Praxis Risiken birgt, wird von den Autoren verkannt. So bringt auch der Wunsch nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat mit sich, dass Deutschland von sich aus immer mehr Verantwortung übernehmen muss. Dazu bräuchte es jedoch klare inhaltliche Leitlinien. Die Pflicht, an immer mehr Militäreinsätzen teilnehmen zu müssen, soll mit dem Bremer Entwurf im Grundsatzprogramm verankert werden. Deutschland soll so wieder in der Champions League mitspielen. Spätestens hier wird klar, warum der Bremer Entwurf auch eine militärische Lösung, wie bereits erläutert, als letztes Mittel zulässt.

Die SPD soll auch künftig sicherstellen, dass Deutschland die Herstellung, den Besitz und die Anwendung von Massenvernichtungswaffen nicht anstrebt. **Gemeinsame Militäraktionen mit Verbündeten, die Massenvernichtungswaffen besitzen und eingesetzt haben, stehen nicht im Widerspruch zum Bremer Entwurf.** Möchte ein Grundsatzprogramm der SPD, dass die Bundeswehr an Militäreinsätzen teilnimmt, so muss dieses Grundsatzprogramm auch eine Antwort auf den Umgang mit den Verbündeten geben.

Für den Bremer Entwurf bilden das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta und das internationale Recht die Leitschnur für die internationalen Politik. Hier verlassen sich die Verfasser auf bestehende Institutionen, ohne eine Vision zu haben, wie eine Internationale Politik in Zukunft aussehen mag. Was passiert, wenn diese Leitschnur an ihre Grenzen stoßen? Was gilt dann? Nimmt man diese Leitschnur ernst, so ist verwunderlich, warum verstärkte Partnerschaften und Beziehungen zu Israel, USA, Frankreich, Russland und den aufstrebenden Mächten in Asien, Lateinamerika und Afrika eingegangen werden sollen. Nach welchen Kriterien soll dies vollzogen werden? Sicherlich nicht nach der oben genannten Leitschnur für die internationale Politik. Denn viele dieser Länder handeln nicht nach internationalem Recht und widersprechen so dieser Leitschnur. **Wenn es hier um wirtschaftliche Interessen geht, dann möge dies auch so formuliert werden.** So würde zum ersten Mal in der Geschichte der Sozialdemokratie in einem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm das Recht des Kapitals über die Moral siegen.

Im Bremer Entwurf tritt das Nord-Süd-Thema – 27 Jahre nach dem Brandt-Report für die UN – in den Hintergrund. Es wird zwar erkannt, dass die Entwicklungsländer keine Almosen von den reichen Nationen wollen, sondern gerechte Chancen auf den internationalen Märkten. Hier lässt der Bremer Entwurf offen, ob die Globalisierung diese „Chancen“ nicht geschaffen hat oder es zu einer Vertiefung der Spaltung zwischen Nord und Süd geführt hat.

Dominant ist hingegen der Kampf gegen den Terrorismus und der Dialog zwischen den christlich-jüdisch geprägten Staaten des Westens und den islamisch geprägten Staaten im mittleren und fernen Osten. Statt in der historischen Verantwortung findet die Entwicklungspolitik ihre Daseinsberechtigung zunehmend in der Sicherheitspolitik. So wird im Bremer Entwurf jegliche Rechtfertigung von Terrorismus abgelehnt, ohne dass der Terrorismus an sich geächtet wird.

Vorsorgender Sozialstaat

Ein neue Qualität von Sozialstaat findet sich im Bremer Entwurf nur in einzelnen Projekten wie der Beschäftigungsversicherung. Dies stellt aber auch keine Veränderung zum Berliner Programm dar. Ihre inhaltlichen Prinzipien, genau wie die des vorsorgenden Sozialstaates, waren bereits vorhanden und werden in dem aktuellen Entwurf fortgeschrieben. Dennoch wird hier ein konkreter Weg beschrieben, wie lebenslanges Lernen ermöglicht und die Rolle der Weiterbildung gestärkt und sozialstaatlich abgesichert werden kann. Als solche Konkretisierungen

kann man auch die Bürger- und die Erwerbstätigenversicherung ansehen. Nur bleibt abzuwarten, was die ständigen Hinweise auf Eigenverantwortung und solidarische Bürgergesellschaft zu bedeuten haben.

In der Finanzierungsfrage wird hauptsächlich nach einer Lösung des vermeintlichen Problems von zu hohen Lohnnebenkosten gesucht. Zu Recht wird auf eine stärkere Steuerfinanzierung des Sozialstaates eingegangen, allein die Ernsthaftigkeit bleibt zu bezweifeln, wenn man die Textpassagen zur Steuererhebung betrachtet. **Die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit wird erwähnt, aber in keiner Weise konkretisiert; Erbschafts- und Vermögensbesteuerung werden erst gar nicht erwähnt.** Das grundsätzliche Bekenntnis zu einem handlungsfähigen Staat und die Forderungen nach einer stetig wachsenden öffentlichen Investitionsquote sind sehr begrüßenswert, nur wird diese Forderung gleich im nächsten Abschnitt wieder konterkariert, indem die unbedingte Haushaltskonsolidierung festgeschrieben wird, die nur für den Erhalt der Infrastruktur unterbrochen werden darf.

Migration und Integration

Deutschland ist ein Zuwanderungsland. Deutschlands Parteien haben es aber lange versäumt, jahrzehntelange Fehler und Versäumnisse in der Integrationspolitik zu lösen. Während die Konservativen lange diese Probleme geleugnet haben, hat die SPD die Integrationsprobleme früh zur Kenntnis genommen, ohne selber Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Die Zuwanderung wird im Bremer Entwurf nur aus der ökonomischen Abhängigkeit abgeleitet. So gilt es, den ab dem Jahr 2010 einsetzenden Fachkräftemangel unter anderem durch mehr qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer zu lösen. Auch sei es am effektivsten, die Integration bei Kindern anzusetzen. Unter Kosten-Leistungs-Aspekten würde dies im Umkehrschluss bedeuten, dass in Zukunft nur noch junge ausländische Akademikerfamilien einwandern dürfen. Soll das die Antwort der SPD auf den demographischen Wandel sein?

Eine Zuwanderungspolitik, die nur darauf abzielt, den demographischen Wandel in Deutschland zu bewältigen und die ökonomischen Probleme zu lösen, ist nicht vereinbar mit den Grundwerten der SPD. Die politische Partizipation von Einwanderern bleibt weiterhin Ziel der SPD. Schon im Berliner Grundsatzprogramm wurde für ein Kommunalwahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer plädiert. Trotz sieben Jahre Rot-Grüner Regierungsverantwortung wurde dieses Ziel politisch nicht umgesetzt. So bleibt diese Form der politischen Teilhabe für Einwanderer weiterhin Utopie statt Wirklichkeit.

In der Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern wird die Lösung der Integrationsprobleme gesehen. Die Standards, die für eine Einbürgerung gelten sollen, werden aber nicht genannt. Es ist festzustellen, dass ein verschärfter CDU-

Einbürgerungstest nicht im Widerspruch zum Bremer Entwurf stehen würde. **So würde nicht eine Partizipation sondern eine Assimilation im Vordergrund stehen.** Dies widerspricht unserem Grundsatz der Freiheit. Diese These wird untermauert, in dem die Integrationsfähigkeit nur mit dem Bekenntnis zu unseren christlich-jüdischen Traditionen zu vereinbaren ist. Kann ein „nein“ zu diesem Bekenntnis als integrationsfeindliches Verhalten ausgelegt werden? Folgt darauf die Ausweisung?

Das Thema Asyl und Flüchtlingszuwanderung spielt im Bremer Entwurf keine große Rolle. So werden keine Lösungen aufgezeigt, sondern die Lösung der Asyl- und Flüchtlingsproblematik nach Europa abgewälzt.

Bildung

Im Bremer Entwurf ist Bildung wahlweise eine „Investition in Menschen“ oder eine „Produktivkraft“. Da die Wirtschaft mehr Akademiker braucht, müssen mehr studieren; um die „besten Köpfe“ zu gewinnen, braucht es Stipendien für arme Ausländer. Hier ist nicht mehr die Rede von hehren Zielen oder Verwirklichung von Rechten. Die Wirtschaft soll auch in der Bildung das Maß aller Dinge sein, sei es was die Bildungsinhalte, sei es was die Organisation von Schulen angeht. So einfach wie hier geschehen lässt sich Bildung jedoch nicht beschreiben. Für uns ist Bildung ein öffentliches Gut. **Jede Form der Ökonomisierung von Bildung lehnen wir ab.** Wo es um die Entwicklung und die Zukunftschancen aller geht, ist jede ökonomische Argumentation fehl am Platz. Bildung ist ein eigenes System, das nach eigenen Maßstäben beurteilt werden muss: Wenn Bildung Wirtschaftswachstum bringt, kann das nie mehr sein als ein willkommener Nebeneffekt. Aber auch wenn es nicht so wäre, wäre umfassende Bildung neben einer ökonomischen Mindestabsicherung für alle trotzdem die Hauptaufgabe des Staates.

Bildung ist vor allem Selbstzweck. Sie ermöglicht es Menschen, sich ein eigenes Bild von der Gesellschaft zu machen und die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen ihres Handelns kritisch zu hinterfragen. **Bildung soll dazu befähigen, sich von gesellschaftlichen Zwängen zu lösen und sich frei in der Gesellschaft zu bewegen, ohne auf vorgefertigte Meinungen und Wahrheiten Anderer angewiesen zu sein.** Ziel von Bildung ist dabei neben der freien Entfaltung der Persönlichkeit auch eine kritische Haltung gegenüber den Ansprüchen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, die besonders an junge Menschen herangetragen werden.

Wenn der Bremer Entwurf sagt, die Ausbildung soll den Menschen befähigen, am Arbeitsleben teilzunehmen, greift das zu kurz. Bildung allgemein und auch berufliche Bildung sollen den Menschen zu gesellschaftlicher Veränderung befähigen – sei es konkret im Betrieb beim Kampf für mehr Mitbestimmung oder abstrakt beim Einsetzen für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen.

Bildung ist aber nicht so allumfassend, wie es der Bremer Entwurf glauben machen möchte. Neben der Bildung gibt es die Freizeit. Diese wird vom Bremer Entwurf bei Kindern in die Schule und bei Erwachsenen in die Arbeit integriert. **Dabei ist es gerade im Hinblick auf eine „ganzheitliche“ Bildung wichtig, Freiräume für selbstbestimmte Tätigkeiten zu schaffen**, in denen jeder machen kann, was er will. Dies kann Musik, Kunst und höhere Kultur sein, aber auch Freunde treffen und Computer spielen. Den Menschen muss die Freiheit gelassen werden, selbst über ihr Leben und dessen Ausfüllung zu bestimmen, auch wenn es darum geht, was, wie und wieviel sie lernen wollen.

Querdenken wird im Bremer Entwurf als Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg gesehen. Auch Querdenken ist jedoch mehr. Nicht-konforme und kritische Gedankengänge können neue Lösungen für gesellschaftliche Probleme bieten. Solches **Querdenken ist in erster Linie uneigennützig** und kann nur deshalb kreativ sein. Es ist dann nämlich NICHT an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet. Von „wirtschaftlichem Querdenken“ kann eine Verbesserung der Gesellschaft nicht erwartet werden. Von der Wirtschaft wird nur aufgenommen, was profitabel ist und nicht, was gerecht oder solidarisch ist.

Man kann dem Bremer Entwurf an dieser Stelle vorwerfen, die im Grundwerteteil ausgeführten Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegen Profitabilität, wirtschaftlichen Nutzen und Verwertungslogik getauscht zu haben.

Im Rahmen der Wertevermittlung spricht der Bremer Entwurf von Erziehung zur Demokratie. Zunächst einmal ist Demokratie kein Lerninhalt, den man entweder gelernt bzw. verstanden hat oder nicht. Es fängt hier schon damit an, dass der Bremer Entwurf Erziehung zur Demokratie als Erziehung zur Verfassungstreue zu begreifen scheint: Demokratie ist das, was in der Verfassung steht. Wer dies gelernt habe, werde den Staat gegen Angriffe fremder, „unfreier“ Kulturen bzw. gegen Angriffe von Rechtsextremen verteidigen. Das ist zu bezweifeln. Zum Verteidiger einer „Demokratie“ wird man nicht dadurch, dass man dazu erzogen wurde, sondern dadurch, dass man seine eigene Gestaltungskraft im politischen Prozess positiv wahrnimmt und Demokratie deshalb als unverzichtbar ERLEBT. Im Bereich der Bildung kann dies nur durch umfassendste Mitbestimmung der Schüler, Auszubildenden und Studenten bei den Fragen des was? und wie? des Lernens geschehen. **Nur durch demokratische Betätigung wird einem der Wert der Demokratie bewusst.** Daher „befähigt“ Bildung auch nicht zur Demokratie. Ungebildete können ein sehr genaues Bild von der Begrenztheit der Demokratie haben, während Gebildete aufgrund ihrer vermeintlichen geistigen Überlegenheit viel Phantasie entwickeln können, um demokratische Mitbestimmung zu umgehen.

Zudem muss Bildung auch die Frage stellen, was Demokratie überhaupt ist. Leben wir bereits in DER Demokratie? Reicht es für unser Verständnis von Demokratie, wenn demokratische Teilhabe auf turnusgemäße Abstimmungen reduziert ist und nur wenige Privilegierte ihre Freiheit tatsächlich nutzen können?

Auch Toleranz wird als Wert an sich dargestellt, der nach dem Bremer Entwurf ein Ziel von Bildung sein soll. Auch hier gilt: wer viel weiß, ist nicht gleich tolerant. Zudem hat Toleranz den Nachteil, dass sie leicht in Desinteresse umkippen kann. Solidarität ist insofern das Gegenstück von Toleranz und dieser vorzuziehen. **Man kann ohne Probleme tolerant und ein selbstbezogenes Arschloch sein.** Toleranz ist insofern eine rein formale Solidarität, die weit vor dem Handeln für andere aufhört. Dieses Bildungsziel ist mit unseren Grundwerten nicht vereinbar.

Auch bezüglich des folgenden Problems ist eine stärkere Pointierung zu wünschen. Frauen sollen mehr an Technik und Naturwissenschaften „herangeführt werden“. Und Männer? Jungen sollen aus ihrer alten Rollenfixierung herausgeführt werden, damit sie die allgemein bildenden Schulen besser bewältigen können. Statt nun darauf einzugehen, dass Männer ihr Verhalten überdenken sollen, um den Jungen ein besseres Vorbild zu sein, und Jungen ermutigt werden sollten, auch soziale Berufe zu ergreifen oder vermehrt in Dienstleistungen oder sprachlichen Berufen Fuß zu fassen, empfiehlt der Bremer Entwurf den Frauen, sich dem männlichen Standard anzupassen. **Frauen sollen sich zum Guten wenden, während bei Männern ohnehin nur der Konflikt zwischen „gut“ und „besser“ existiert.**

Trotz aller Kritik – Immerhin kommt der Humor nicht zu kurz. Bildung fängt mit dem Bremer Entwurf quasi schon im Mutterleib an: „Die Förderung von Kindern beginnt für uns mit der gezielten Unterstützung von Schwangeren.“ Auch wenn mensch sich nicht ausmalen möchte, mit welchen Mitteln schwangere Mütter bei diesem ersten Bildungsauftrag unterstützt werden, bleibt neidlos anzuerkennen, dass der Entwurf an dieser Stelle unübertroffen, wenn nicht sogar unübertreffbar ist. In der Sorge um die Kinder möchte man nicht von konkurrierenden Parteien übertrumpft werden. Dies bleibt jedoch der einzige Lichtblick in diesem Abschnitt.